

**Zeitschrift:** ZeitBild  
**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut  
**Band:** 10 (1969)  
**Heft:** 24

**Rubrik:** Zusammenhänge

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## Zusammenhänge

«Für Nassers Rede (vom 6. November) vor der ägyptischen Nationalversammlung», so kommentierte in der «National-Zeitung» Werner Gysin, «gibt es nur noch eine Parallele: Hitler. Brutaler, aufwieglerischer, verführerischer, kriegshetzerischer — und damit präjudizierend sich eines Verbrechens gegen die Menschlichkeit, wie der Fachausdruck dafür in den Nürnberger Prozessen lautete, schuldig machend, kann man gar nicht mehr sein.»

Die Parallele stimmt. Und darüber hinaus gibt es sogar arabischerseits das direkte Bekenntnis zur Nachfolgerschaft Hitlers. Hitlers «Mein Kampf», das schon 1967 in mehreren arabischen Staaten als Pflichtlektüre in Mittelschulen eingeführt war, kommt in Kairo und anderswo in immer neuen Auflagen heraus. Hitler und Eichmann werden durchaus offen als Helden und Märtyrer für die gute Sache gepriesen. Die ehemaligen SS-Mörder und nationalsozialistischen Kriegsverbrecher, die in arabischen Ländern als Instruktoren militärischer Einheiten und als Theoretiker der Judenfrage aktiv waren, mögen zwar heute weitgehend von sowjetischen Instruktoren abgelöst worden sein, die im gleichen Geiste tätig sind, aber die Kontinuität der hitlerschen Nachlassverwaltung besteht nicht nur, sondern hat sich noch verstärkt. Und dieser arabische und palästinensische

Kampf als Kontinuität von «Mein Kampf» wird heute weltweit als gerechter Befreiungskampf anerkannt. Dafür nennt man Israel imperialistisch und faschistisch. Dieses Spiel betreiben einerseits die kommunistischen Staaten mit ihrer kompakten staatlichen Propaganda, andererseits alle jene «progressiven» Kreise des Westens, die auch ihrem Aufstand gegen die demokratischen Strukturen mit Vorliebe den Beinamen «antifaschistisch» geben. So wie jene westeuropäischen Studenten, die in Ausbildungslagern der El Fatah ihre Solidarität mit jener Befreiungsbewegung bekundeten, so wie jene ändern, welche israelische Referenten in Versammlungen mit Erfolg niederzuschreiben vermögen.

Die groteske Umkehrung aller Sachverhalte in bezug auf Israel und seine Feinde macht dieses Beispiel zu einem Testfall. Beispielsweise für die Sowjetunion. Sie ist die Protektionsmacht jener, welche die Nachfolgerschaft Hitlers antreten. Sie rüstet jene auf und gibt ihnen vorbehaltlos ihre moralische Unterstützung für ihren «gerechten Kampf». Sie ist eine faschistische Protektionsmacht, ganz abgesehen davon, dass auch die Handhabung der Macht in der UdSSR selbst und in ihren Satelliten im wesentlichen mit Methoden erfolgt, die auch Hitler gebrauchte. Heute gilt überall eine antisowjeti-

sche Haltung als Todssünde. Hier muss man einmal klarmachen, dass diese Haltung eine Form des Antifaschismus ist, und zwar bezogen auf die grösste und expansivste faschistische Macht der Welt. Wer nicht antisowjetisch sein will, verzichtet auf den Kampf gegen den Faschismus, und zwar just dort, wo dieser am stärksten ist.

Zum Testfall werden die hitleristischen Vorzeichen des palästinensischen und arabischen Kampfes gegen Israel auch für alle jene, welche ihn als Teil des weltweiten Befreiungskampfes gegen den westlichen Imperialismus verstehen und unterstützen. Sie stehen im Bündnis mit einer Kampagne, die ganz ausgesprochen Nazi-geist atmet, und sie sollen auch daraufhin angesprochen werden.

Ich weiss: es gilt als ganz und gar nicht salonfähig, beispielsweise Vergleiche zwischen dem SDS und der seinerzeitigen jung-nationalsozialistischen Bewegung zu ziehen. So etwas macht man doch nicht, wo doch diese jungen Leute selber immer wieder sagen, dass sie antifaschistisch sind. Aber dafür ist es vielleicht salonfähig, darüber hinwegzuschweigen, dass Hitler und Eichmann zu antifaschistischen Leitbildern gemacht werden?

Uebrigens: Hitler selbst hat sich ja auch nicht «Faschist» genannt. Sondern «Sozialist». cb

## Lateinamerika-Übersicht

Fortsetzung von Seite 7)

näss der Grösse des Handels eine günstige Behandlung zu gewähren bereit ist.

auf dem Gebiet des Verbindungswesens wird Paraguay von den Schifffahrtswegen Gebrauch machen, deren Verkehrsfreiheit es von der derzeitigen argentinischen Regierung erlangt hat.

s sollen Bauabkommen für Strassennetze und internationale Brücken vervollkommenet und eränzt werden, darunter das Projekt einer Brücke über den Paraguay-Fluss bei der paraguayischen Wirtschaft Alberdi und bei Formosa in Argentinien. Die Regierung in Assuncion hat auch grosses Interesse an der Durchführung des argentinisch-paraguayischen Wasserkraft-Anlagenkomplexes von Yacireta-Apipé, dessen Vorstudien schon fertig sind.

### Die gute alte Politik der Blockbildung

Die Grossmächte Südamerikas, Brasilien und Argentinien, können nicht auf die alte Politik der Blockbildung verzichten, die Ausdruck der ständigen Rivalität um die Hegemonie auf dem Halbkontinent ist.

Der Kern der Frage bleibt weiterhin, wer den potentiell sehr grossen Südamerikamarkt beherrscht. Kleine Staaten, wie Uruguay, Bolivien, Paraguay, aber auch Chile, stellen sich darauf ein, das Zünglein an der Waage zu spielen. Das Problem ist, dass es zu viele Zünglein gibt. In dieser Hinsicht manövriert Bolivien weiter mit seiner Militärdiktatur und einem von oben beauftragten Nationalismus, den man nur allzu gut kennt.

### Enteignungs-Opportunismus und wirtschaftliche Folgen

Dass sich Boliviens Präsident, General Ovando Candia, jedoch verrechnet hat, zeigt der Fall mit der Gasleitung nach Argentinien, die bis Juli 1970 fertiggestellt werden sollte.

Die nordamerikanische Firma Williams Brothers hat unter dem Druck der verstaatlichten US-Firmen Gulf Oil ihre Bautätigkeiten eingestellt, und die argentinischen Transportbetriebe blockieren schon seit mehreren Wochen die Materiallieferung für den Bau der Gasleitung. Die Inbetriebsetzung dieser schon zu 60 Prozent fertigen Leitung ist somit gefährdet, wodurch nicht so sehr Argentinien als Bolivien zu leiden hätte, denn die zuständigen Behörden in Buenos Aires gaben bekannt, dass das Ausfallen der 4 Millionen Kubikmeter Gas täglich, die Bolivien ab Juli nächsten Jahres liefern sollte, durch die beschleunigte Fertigstellung der argentinischen Gasleitungen von Bahia Blanca, Neuquén usw. wettgemacht werden könne. Andererseits drohte die Gulf Oil, Massnahmen zur Unterbrechung der Tankerbewegungen zu treffen, damit Bolivien kein Petroleum mehr vom chilenischen Hafen Arica aus verschiffen könne.

Die Enteignung der nordamerikanischen Petroleumgesellschaft Gulf Oil und ihre für Bolivien ungünstigen Auswirkungen haben das Land an den Rand einer Wirtschaftskatastrophe geführt. Die gefährliche Situation wurde sofort von der Bevölkerung erkannt, die sich auf eine regelrechte «Dollarjagd» begab; es wird nun eine Abwertung der bolivianischen Währung von mindestens 35 Prozent erwartet. Ein Sprecher des Unternehmer-Verbandes, der ehemalige Wirt-

schaftsminister Jorge Tamayo Ramos, erklärte, dass der von ihm vertretene Sektor angeboten habe, 2 Prozent des eingezahlten Gesellschaftskapitals (rund 2 Mio. Dollar) als Sparleihe mit fester Kündigungsfrist bei der bolivianischen Zentralbank einzuzahlen, jedoch unter der Bedingung, dass die Staatsausgaben eingeschränkt und eine wirkliche «Austerität» eingeführt wird.

### Putschversuch zur Solderhöhung

In Chile hat ein Anfang von einer Militärrevolte gegen den Präsidenten Frei stattgefunden. Merkwürdigerweise hat sie keinen Erfolg gehabt.

Man muss den Putschisten jedoch Glauben schenken, wenn sie behaupten, dass sie nicht aus Abneigung gegen das abgewirtschaftete Regime Frei handelten, der sich dadurch auszeichnete, dass er versuchte, auf allen Stühlen gleichzeitig zu sitzen, sondern um eine Gehaltserhöhung für Soldaten und Offiziere zu verlangen. Man überlege sich einmal, was geschehen würde, wenn alle Lohnempfänger in Lateinamerika den Präsidenten ihres Landes beseitigen wollten, nur um ihr Gehalt aufzubessern.

In Kuba hat die Regierung dieses Jahr das Weihnachtsfest und alle anderen Feiertage bis zur Beendigung der Zuckerernte aus dem Kalender gestrichen.

Es soll mehr gearbeitet werden, damit Fidel Castro endlich das heiss ersehnte, aber bisher noch nie erreichte Ziel einer Zuckerernte von 10 Millionen Tonnen erlangen kann. Die wirtschaftliche Lage in Kuba hat sich schon wieder einmal verschlechtert. Die Rationierung der Lebensmittel wurde, zum erstenmal in diesem Jahr, wieder eingeführt.